
Arbeitskreis der Elternbeiratsvorsitzenden der Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen

10.6.08

An den
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Herrn
Prof. Dr. Peter Frankenberg
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und
Kunst Baden Württemberg
Königstraße 46
70173 Stuttgart

Barbara Münch
Vorsitzende des Arbeitskreises der
EBV der Gymnasien im RB Tübingen
Mitglied des 15. Landeselternbeirats

Buchenlandweg 91

89075 Ulm

Tel.: 0731 8001409

E-Mail: barbara_muench@yahoo.com

<http://www.eltern.schule-bw.de>

Doppelte Abiturjahrgänge 2012

Nachrichtlich an: Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Kultusminister Helmut Rau,
Sozialministerin Monika Stolz, Landtagsfraktionen

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Frankenberg,

auf seiner letzten Sitzung hat sich der Arbeitskreis der Elternbeiratsvorsitzenden der Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen intensiv mit dem „Entwurf eines Masterplans Hochschule 2012“ vom 9. Oktober 2006 befasst.

Wir mussten dabei feststellen, dass die bisherigen Planungen von 16.000 Studienanfängerplätzen wohl kaum ausreichen werden, um die Abgänger aus dem doppelten Jahrgang aufzufangen. Schon in der Zeit zwischen 2005 und 2011 steigt die Zahl der Schulabgänger mit Fachhochschul- und Hochschulreife von 53.600 auf 64.500 an, um dann 2012 mit 87.000 Studienberechtigten ihren Höhepunkt zu erreichen, wie im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg 7/2006 nachzulesen ist. 2012 gibt es also 33.400 Studienberechtigte mehr als 2005, die mit den geplanten 16.000 zusätzlichen Studienplätzen nicht versorgt werden können.

Außerdem scheint auch die Finanzierung noch ungesichert, da der Masterplan unter Finanzierungsvorbehalt steht und der Hochschulpakt zur Zeit nur bis 2010 konkretisiert wurde.¹

Wenn aber nicht ausreichend Studienplätze angeboten werden, so wird ein Teil der Abiturienten in den Ausbildungsmarkt drängen, was für die Jugendlichen mit Real- und Hauptschulabschluss bedeutet, dass sie geringere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Probleme, die damit zusammenhängen, zum Beispiel Jugendarbeitslosigkeit und Anstieg der Kriminalität, sind hinreichend bekannt.

Andere Abiturienten werden gezwungen durch Wartezeiten, die Zeit zu überbrücken, bis sie einen Studienplatz finden, was natürlich nicht wünschenswert ist, da so das durch G8 gewonnene Jahr wieder verloren geht.

Da auch die anderen bevölkerungsstarken Bundesländer wie Bayern und Niedersachsen 2011 und Nordrhein-Westfalen 2013 doppelte Abiturjahrgänge haben, ist auch dort nicht auf Entlastung zu hoffen. Vielmehr werden natürlich auch Abiturienten aus diesen Bundesländern versuchen, in Baden-Württemberg einen Studienplatz zu bekommen.

Auch das Argument, in den ostdeutschen Bundesländern würden noch Studienplätze zur Verfügung stehen, kann uns nicht beruhigen, denn nach Berechnungen des Che Consult Instituts wird für Deutschland allein bis 2010 ein Bedarf von zusätzlichen 141.000 Studienanfängerplätzen prognostiziert, während der Hochschulpakt nur 91.430 Studienplätze

¹ http://www.che.de/downloads/CHE_Stellungnahme_Hochschulpakt1106.pdf

vorsieht.²

Unter Berücksichtigung all dieser Fakten erwarten wir daher von der Landesregierung, dass

- mehr Studienplätze als die bisher geplanten 16.000 geschaffen werden. Dabei muss eine der aktuellen Verteilung entsprechende Gewichtung der Universitäten, Hochschulen und Berufsakademien berücksichtigt werden, denn bisher wurden zu einem großen Teil nur Studienplätze an Berufsakademien eingerichtet, nicht aber an Hochschulen und Universitäten;
- geeignete Studierbedingungen durch Bereitstellung zusätzlicher Raum- und Personalressourcen gewährleistet werden;
- mehr Studienplätze für eine anschließende Master-Qualifikation im Anschluss an den Bachelor-Abschluss zur Verfügung gestellt werden;
- der Masterplan fortgeschrieben wird, damit der Stand des Projekts nachvollziehbar ist;
- die Zahl der Studienabbrecher und -wechsler durch die flächendeckende Umsetzung von Programmen zur Studienorientierung und -beratung wie z.B. MINToring und durch die Ausweitung des BoGy- Berufsorientierungsprogramms reduziert wird;
- das Niveau des Bachelor-Abschlusses im Vergleich zum bisherigen Diplom in der Industrie bekannt gemacht wird;
- die Kommunen darin unterstützt werden, bezahlbaren Wohnraum für die zusätzlichen Studenten zu schaffen;
- Anreize geschaffen werden, damit die Industrie mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt;
- Sie Ihren Einfluss auf Bundesebene geltend machen, damit auch in anderen Bundesländern ausreichend Studienplätze zur Verfügung gestellt werden, um die doppelten Jahrgänge aufzunehmen;
- wir, als Vertreter der Eltern und damit der Schüler der ca. 100 Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen, über den aktuellen Stand des Ausbaus auf dem Laufenden gehalten werden.

Sicherlich sind wir uns einig, dass es wichtig ist, den Abiturienten zeitnah eine Möglichkeit der Hochschulausbildung anzubieten, da mittelfristig auf dem Arbeitsmarkt ein Akademikermangel prognostiziert wird. Außerdem ist die Quote der Hochschulabsolventen in Deutschland viel geringer als in anderen Industrieländern, auch wenn man die unterschiedlichen Strukturen, bedingt durch unser duales Ausbildungssystem, mit einbezieht.

Das Argument, dadurch Kapazitäten zu schaffen, die später nicht mehr gebraucht werden, ist aus unserer Sicht nicht richtig, da diese Ressourcen die Qualität des Studiums erhöhen würden. Zum Teil können auch flexible Lösungen wie im Masterplan ausgearbeitet zum Tragen kommen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politikern und Eltern eine unbefriedigende Ausbildungssituation für die Jugendlichen der betroffenen Jahrgänge verhindert werden kann. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie sich unserer Argumentation anschließen können und freue mich sehr auf eine Antwort von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

B.Münch

Vorsitzende des Arbeitskreises der EBV
der Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen

² http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf